

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Ercheint jeden Freitag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11. —
Postkontos Leipzig 28 464. — Gemeindegeldkonto 14. — Bank-
konto Darmstädter Bank Zweigleiderfassung Hohenstein-Ernstthal
— Umverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückge-
schickt. Einwendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme

Bei Klagen, Konturen, Vergleichen usw. wird der Druckbezug
in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder
sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der
Betreiber oder der Verlegerbestimmungen — hat der Be-
leger keinen Anspruch auf Abfertigung oder Nachlieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Giltengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Bernsdorf, Bernsdorf, Altsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschürsdorf, Reichens-
bach, Callenberg, Grumbach, Tirschheim, Ruchschappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grina,
Wittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Ruzdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und
des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 210

Der Preis der einseitigen Anzeigen beträgt 15
der Vielseitigen 45 Goldpfennige. Für den Nachweis
werden 10 Goldpfennige berechnet.

Mittwoch, den 9. September 1925

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige
einschließlich Frachtkosten.

75. Jahrg.

Vor neuen Beratungen der Reichsregierung

Von unserem Berliner Vertreter
Berlin, 9. September

Reichsminister Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann werden anfangs der kommenden Woche ihren Urlaub beenden und wieder in der Reichshauptstadt eintreffen. Bis dahin dürfte die Lage so weit gediehen sein, daß die Reichsregierung ihre Besprechungen über die außenpolitische Lage wieder aufnehmen und zu neuen Beschlüssen gelangen kann. In erster Linie handelt es sich jetzt darum, den Bericht des deutschen Sachverständigen auf der Londoner Juristenkonferenz Ministerialdirektor Dr. Gauß einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und zu einer Beschlusfassung darüber zu kommen, ob dieser Bericht eine Handhabe zu der alsbaldigen Eröffnung mündlicher Verhandlungen mit den alliierten Regierungen bietet. So wie die Dinge jetzt liegen, muß die Frage, ob die Londoner Juristenbesprechung für Deutschland einen befriedigenden Verlauf genommen hat, noch völlig offen gelassen werden. Nach einem genauen Studium des alliierten Patentwurfes dürfte die deutsche Regierung zunächst den Weg der diplomatischen Fühlungnahme durch die deutschen Botschafter beschreiten und im Anschluß daran die deutsche Stellungnahme zu dem Ergebnis der Juristenbesprechung bekanntgeben. Erst wenn diese diplomatischen Unterhandlungen zu einem vorläufigen Ergebnis zwischen den beteiligten Regierungen geführt haben, kann an die Einberufung einer Sicherheitskonferenz gedacht werden.

In Genf sind zurzeit die alliierten Staatsmänner mit der Prüfung der Berichte der alliierten Juristen beschäftigt, die sich zum Tagungsort des Völkerbundes begeben haben, um den Außenministern das Ergebnis der Juristenbesprechung vorzulegen. Es ist sehr wohl möglich, daß Chamberlain und Briand nach der Prüfung des Sachverständigenberichts zu einem endgültigen Beschlusse über die an Deutschland nochmals zu richtende Einladung zu einer Besprechung der Außenminister gelangen werden. Eine solche Einladung würde aber nur formelle Bedeutung haben, da die Berliner Regierung ihrerseits entschlossen ist, an den Vorbereitungen einer Konferenz aktiv mitzuwirken und sich die Initiative hierzu nicht aus der Hand nehmen zu lassen. Eine Entscheidung darüber, ob und wann es zu einer Konferenz der beteiligten Regierungen kommen wird, ist unter keinen Umständen vor Ende September zu erwarten. Die alliierten Minister sind jetzt mit ihren Plänen etwas vorsichtiger geworden, denn sie kündigen die Zusammenkunft mit den Vertretern der deutschen Regierung neuerdings erst für Oktober an, während sie noch in der vorigen Woche optimistisch genug waren, die Außenminister-Besprechung für den 20. September in Aussicht zu nehmen. Der Zeitpunkt der Einberufung einer Konferenz dürfte eher in die zweite Hälfte des Oktober fallen, da man deutscherseits darauf gedrungen hat, daß die Vorbereitungen zu einer Konferenz nicht überstürzt werden. Neuerdings verlautet, daß die deutsche Regierung inoffiziell den alliierten Mächten den Vorschlag gemacht hat, die Zusammenkunft in London abzuhalten und die geplante Vorbesprechung in der Schweiz endgültig fallen zu lassen. Obwohl eine amtliche Bestätigung dieser Information nicht vorliegt, läßt man in den Regierungskreisen durchblicken, daß London oder Brüssel als Tagungsort dem Reichsminister Dr. Luther und Reichsaussenminister Stresemann weit sympathischer sein würde als die bisher genannten Städte in der Schweiz oder in Norditalien. Bis zum Oktober wird es auch der

Reichsregierung viel leichter sein, die maßgebenden Parteiführer vollständig nach Berlin zu berufen, um die letzten Entscheidungen vor der Konferenz treffen zu können.

Nach den vorläufigen Dispositionen wird das Reichskabinett am Sonnabend der nächsten Woche einen entscheidenden Ministerrat abhalten, auf dem über alle diese Fragen endgültig Beschlüsse gefaßt werden dürfte. Im Anschluß daran werden dann neue diplomatische Schritte der deutschen Regierung erfolgen, die für alle Konferenzprojekte von ausschlaggebender Bedeutung sein werden.

Dr. Gauß wieder in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 9. September

Der deutsche Sachverständige auf der Londoner Juristenkonferenz Ministerialdirektor Dr. Gauß, der schon am Dienstag wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, hatte bereits wichtige Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt. Dr. Gauß hat dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Minister einen schriftlichen Bericht über den Verlauf der Juristenbesprechung überreicht. Er wird vorläufig noch in Berlin bleiben und weitere Weisungen des Außenministers abwarten. Eine Aussprache mit dem Reichskanzler ist vorerst nicht vorgesehen, da die Kabinettsbesprechungen erst nach dem 15. September wieder aufgenommen werden.

Einseitige Versuche

Die Morgenblätter geben eine Unterredung Briands mit einem deutschen Pressevertreter wieder. Wörtlich sagte der französische Außenminister: „Sagen Sie, daß ich meine Karten offen auf den Tisch lege werde, daß ich den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich will. Wir wollen offen über alles sprechen, wir müssen eine endgültige Lösung für unsere Länder finden oder wir gehen alle zugrunde. Wir sind Stresemann entgegengekommen, um ihm seine Politik zu erleichtern. Wenn er auf die Konferenz kommt, soll er wissen, daß er festen Boden unter den Füßen hat. Wir werden uns auch über die Frage der Abrüstung, der Räumung der besetzten Gebiete einigen, wenn der Sicherheitspakt abgeschlossen ist. Wenn wir auf der Konferenz auch Herrn Luther sehen, so wird das unserer Arbeit einen besonderen Impuls geben. Wirtschaftlich ist die deutsch-französische Verständigung durchaus möglich, sie wird zum Teil schon eingeleitet. Auf politischem Gebiet wird sie schwieriger, aber doch möglich sein.“

Wenn es mit toter Gewalt nicht geht, so versucht es Frankreich mit schönen Worten. Dem Franzmann steht das Wasser an der Gurgel. Marokko und Syrien machen ihm große Schmerzen und kosten unendliches Geld und Amerika wird immer drängender und verlangt Geld. Nun hat Herr Caillaux aber keines und gepumpt bekommt er nichts. Und da zudem auch Deutschland gar nicht so will wie es Frankreich gern möchte, so werden die Sorgen der schönen Marianne von Tag zu Tag größer. Und so soll zunächst Deutschland eingeleitet und beschwächt werden, um sich dem Willen Frankreichs nach der Sicherung seiner Westgrenzen gefügig zu zeigen. Hoffentlich aber wird Herr Briand bei Stresemann kein Glück haben.

Besuch bei Baldwin

Painlevé, Chamberlain und Briand begaben sich Dienstag nachmittags nach Lizès-Bains, um dem dort weilenden britischen Ministerpräsidenten Baldwin einen Besuch abzustatten.

Bei dieser Gelegenheit wurden die Berichte der Londoner Sachverständigen einer genauen

Prüfung unterzogen. Weiter wurde über die Zusammenkunft der alliierten Minister mit Dr. Stresemann, die Ende September stattfinden soll, Beschlüsse gefaßt.

Sowohl in englischen als auch in französischen maßgebenden Kreisen ist man nicht abgeneigt, der Zusammenkunft der Minister einen bedeutungsvollen Charakter durch die Teilnahme der Ministerpräsidenten zu geben. Diese Anregungen, die ursprünglich von deutscher Seite ausging und durch die Absicht Mussolinis, an den Besprechungen teilzunehmen, neue Nahrung erhielt, war ebenfalls Gegenstand der Ministerbesprechung in Lizès-Bains.

Der Sicherheitspakt

Mehrere Blätter melden, daß sich Ministerialdirektor Gauß in Begleitung des Staatssekretärs von Schubert heute nach Nordern begeben wird, um dort dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann über das Ergebnis der Londoner Besprechungen der juristischen Sachverständigen Bericht zu erstatten. Nach Meldungen der „Voll. Zeitung“ aus Genf soll der deutschen Regierung als Datum für den Zusammentritt der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt der 29. September vorgeschlagen worden sein. Im Berliner Auswärtigen Amt ist jedoch eine offizielle Einladung noch nicht eingetroffen.

Der Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Auslande

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 9. September

Die Wirtschaftsverhandlungen Deutschlands mit dem Auslande werden in der zweiten Hälfte des September wieder in ein sehr akutes Stadium eintreten. Am wichtigsten ist die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, die am 15. September programmäßig erfolgt. Die noch bestehenden Schwierigkeiten ergeben sich aus der neuen französischen Zolltarif-Novelle, die aber noch nicht vom französischen Parlament verabschiedet worden ist. Falls es der französischen Regierung nicht in kürzester Frist gelingt, die Verabschiedung dieser Novelle zu erreichen, so wird man den Versuch machen müssen, ein Provisorium mit Frankreich zustande zu bringen.

Sichtlich der Verhandlungen mit Rußland wird heute von deutscher amtlicher Seite vor einem allzu großen Optimismus gewarnt. Die Meldung der „Industrie- und Handelszeitung“, wonach ein positives Ergebnis der Verhandlungen bereits vorliege, ist nicht zutreffend. Die Besprechungen sind zwar in regem Fluß, aber man kann nicht behaupten wollen, daß schon jetzt irgend ein positives Ergebnis erzielt worden wäre.

Was die deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit Italien betrifft, so liegen auch hier ernste Schwierigkeiten vor. Namentlich die neue deutsche Zolltarif-Novelle, die am 1. Oktober in Kraft tritt, dürfte ein starkes Hindernis für das Zustandekommen einer deutsch-italienischen Einigung bilden. Die italienische Regierung ist gegenwärtig bemüht, einen starken Druck auf die deutsche Delegation auszuüben, damit die Verhandlungen schnell zum Abschluß kommen.

Die vor der Wiederaufnahme stehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Polen stehen noch immer auf dem alten schwierigen Punkt und werden voraussichtlich noch zu ernstlichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen führen. Die polnische Regierung hat keine Aussicht darauf, zu irgend einem Abkommen mit Deutschland zu gelangen, solange sie auf ihrem jetzigen Standpunkt verharrt und die wichtigsten Ausfuhrgebiete für Deutschland durch Einfuhrzölle erschwert.

Bevorstehende Ermäßigung der Bankzinsen?

Den Blättern zufolge fanden am Dienstag im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit maßgebenden Vertretern der Bankwelt über eine allgemeine Herabsetzung der Bankzinsen statt. Die Beratungen, die eine Folge der Verbilligung der öffentlichen Gelder sind, sollen heute fortgesetzt werden. Wie das Berliner Tageblatt wissen will, soll die Berliner Stempelvereinigung der Banken beschlossen haben, die Kreditprovision zu ermäßigen und den Zinssatz unverändert zu lassen.

Hindenburg wieder zu Hause

Reichspräsident v. Hindenburg ist am Dienstag nach mehr als dreiwöchentlichen Aufenthalt in den bayrischen Bergen nach Berlin zurückgekehrt. In Dietramszell hatte sich vor dem Schlosse, in dem sich Hindenburg von seiner Gattin, Frau v. Schilcher, verabschiedete, die Feuerwehr und die Zöglinge des Klosters aufgestellt, die dem scheidenden Reichspräsidenten Blumensträuße überreichten. Die Landbevölkerung, die sich gleichfalls versammelt hatte, grüßte den Gast nochmals herzlich, als er mit seinem Sohne, Major v. Hindenburg, den Kraftwagen bestieg. In Holzkirchen war auf dem besagten Marktplatz die Schuljugend aufgestellt. Als der Zug des Reichspräsidenten Holzkirchen verließ, ertönten jubelnde Hochrufe. Hindenburg rief der Menge wiederholt zum Abschied „Auf Wiedersehen“ zu. In München hatte sich auf dem Bahnhof zur Begrüßung Eisenbahnpräsident v. Volter und der Vertreter des Reiches in Bayern, Herr v. Haniel, eingefunden, der dem Reichspräsidenten erklärte, sein Aufenthalt in Bayern und die Fühlungnahme mit der Bevölkerung hätte aufs neue zur Festigung des Bundes zwischen Nord und Süd beigetragen.

Der Reichspräsident ist am Dienstag abend 8 Uhr 48 Minuten wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Zum Empfang am Bahnhof waren erschienen der Vertreter des Reichskanzlers, Reichswehrminister Dr. Gessler sowie Herrern des Büros des Reichspräsidenten.

Raum glaublich, aber wahr!

Während die polnische Regierung mit der größten Rücksichtslosigkeit die deutschen Optionen aus Polen ausweilt und die dort verbliebenen Deutschen auf jede nur mögliche Art drangsaliert, duldet die preußische Regierung nicht nur die immer frecher auftretende Agitation der Polen, die namentlich in Masurien mit großen Mitteln und unter offener Unterstützung der Warschauer Regierung arbeitet, sondern sie hat es jetzt sogar fertig gebracht, im Kreise Stuhm in Westpreußen einen Führer der Polen, Kasimir Doniecki, als Amtsvorsitzer her, also als Staatsbeamten, zu bestätigen. Dieser Mann hat sich ebenso wie seine Frau durchaus im polnischen Sinne betätigt, er steht in enger Fühlung mit einer polnischen Gräfin, die seit langem dringend der polnischen Spionage verdächtig ist und deren Schloß das Ziel häufiger Ausflüge der in Königsberg sitzenden Internationalen Kontrollkommission ist.

Noch unerhörter als die Ernennung des Polen zum Beamten ist aber die Mitteilung, durch die die preußische Regierung sie zu begründen oder doch wenigstens zu entschuldigen sucht. Sie spricht nämlich davon, daß in dem dortigen Bezirke die Bevölkerung überwiegend polnisch sei und deshalb gewissermaßen ein Anrecht auf einen polnischen Amtsvorsteher habe. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Begründung die polnische Agitation in Westpreußen geradezu ermutigt und in Warschau sicherlich weidlich ausgenutzt werden wird, widerspricht sie vollkommen den Tatsachen, denn im Kreise Stuhm wurden bei der Volksabstimmung